

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 120. Ratssitzung vom 26. Oktober 2016

2330. 2016/321

Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 21.09.2016:

Bericht über die institutionelle Neuordnung der städtischen Energieproduzenten, Energieverteiler und ihre Netzstrukturen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Andreas Kirstein (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2245/2016): In der Schweiz befanden sich im 19. Jahrhundert noch alle Bahnen im Besitz von privatrechtlichen Gesellschaften. Die wirtschaftlichen und regionalpolitischen Interessen dieser Gesellschaften führten zum finanziell desaströsen Bau von praktisch parallel verlaufenden Eisenbahnstrecken. Das wurde lange geduldet, bis unter Führung der damaligen FDP diese Parallelität beendet wurde und die Gesellschaften zu den SBB verstaatlicht wurden. Es geht bei diesem Postulat nicht ums Eisenbahngeschäft, sondern um die Energieversorgung und Energieverteilung in Zürich. Es wurde in der heutigen Sitzung mehrfach erwähnt, man würde sich dem Gespräch und der Zukunft verweigern. Dieses Postulat spricht eine andere Sprache. Wir möchten dem Stadtrat und der Stadt helfen, die Energiepolitik institutionell so zu ordnen, dass Hilfskonstruktionen wie die Limmat Energie AG nicht mehr notwendig sind, weil alles aus einer Hand organisiert ist und die Sicherheit besteht, dass diese Strategie auch in den Geschäften der Energieverteiler und -produzenten abgebildet werden kann. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir einen Bericht über eine institutionelle Neuordnung verlangen. Der Stadtrat ist offensichtlich bereit, das Postulat entgegenzunehmen und an der Zukunft mitzubauen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist nicht nur die Rekommunalisierung von Energie 360°. Wichtig ist die Schaffung einer gemeinsamen Unternehmung. Über die Rechtsform der neuen Energiegesellschaft wird verhandelt werden müssen. Wir gehen im Postulat nicht darauf ein. Für mich persönlich ist offen, welche Rechtsform in 10 oder 15 Jahren bestehen soll, wenn die Zusammenführung der verschiedenen Energiegesellschaften – Fernwärme, Gasversorgung, Elektrizität, intelligente Telekomsteuerung – vollzogen sein wird.*

***Martin Bürlimann (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. Oktober 2016 gestellten Ablehnungsantrag: Es geht um einen Bericht, in dem in der Fragestellung bereits drinsteht, was anschliessend im Bericht stehen soll. Die AL will eine Rekommunalisierung von Energie 360°. Es soll ein Bericht erstellt werden, wie der Stadtrat die verschiedenen städtischen Energiebetriebe und Netze institutionell neu ordnen will. Es soll demnach ein grosser Staatsbetrieb entstehen. Das Volk hat die Privatisierung des ewz in einer Abstimmung abgelehnt. Es ist eine kühne Hypothese, daraus zu interpretieren, dass das Volk eine umfassende Verstaatlichung möchte. Es gibt allerdings Diskussionsbedarf, so etwa bezüglich des Umsatzbolzens des ewz in neuen Geschäftsfeldern, in denen die Aussichten auf langfristige Gewinne fraglich*

sind, beispielsweise in den Bereichen Sonnenenergie oder Contracting. Es handelt sich um eine Ausweitung der Tätigkeiten in Gebiete, die von Privaten übernommen werden sollten. Wenn das ewz als staatliche Institution nur das übernimmt, was Private nicht ausführen können oder wollen, wäre das für die SVP eine interessante Variante. Ebenso kann man überlegen, ob man nochmals eine Volksabstimmung über eine Privatisierung durchführen will. Dann wäre die Frage für weitere 20 Jahre geklärt. Es liegen bereits eine Reihe von Publikationen des ewz vor, so etwa das Konzept Energieversorgung 2050 des Energiebeauftragten, sowie der Geschäftsbericht und der Nachhaltigkeitsbericht des ewz. Dort werden diese Fragen zu einem grossen Teil bereits beantwortet. Es ist unredlich, mit einem Bericht eine bestehende Strategie aushebeln zu wollen. Auch die SVP ist der Meinung, dass die Gesamtsituation nochmals neu betrachten muss, nun, da die Auslagerung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt gescheitert ist. Es besteht aber keine Notwendigkeit für einen entsprechenden Bericht.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Hätten wir vorher Ja gesagt zur Weisung zum ewz, wäre das Postulat nicht nötig. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat sich bereits damit befasst hat, wie sich das ewz entwickeln soll. Die Rekommunalisierung scheint mir keine zwingende Voraussetzung zu sein, wie man in Zukunft vorgehen muss. Da es sich aber nur um ein Postulat handelt, unterstützt die GLP das Postulat und fordert den Stadtrat auf, einen Bericht zum weiteren Vorgehen zu erstellen und den Bericht dem Gemeinderat vorzulegen, damit die Parteien frühzeitig darüber diskutieren können. In seinen neuesten Stadtratsbeschlüssen sagt der Stadtrat selber, dass er ein Problem sieht. Er stellt deshalb für Energie 360° und das ewz Regeln auf, bis zu welchem Betrag sie sich konkurrenzieren sollen, ab welchem Betrag sie sich nicht mehr konkurrenzieren dürfen und ab welchem Betrag sie zusammenarbeiten müssen. Es ist ein guter Beschluss, der klar regelt, in welchen Fällen man gemeinsam und in welchen Fällen man getrennt offeriert. Die Auslegeordnung sollte in einem breiten Spektrum gemacht werden. Wir sollten auch Fernwärme und Gas miteinbeziehen. Auch der kommunale Energierichtplan wird vermutlich miteinbezogen werden müssen. Wir unterstützen das Postulat und freuen uns auf die Auslegeordnung, auch wenn wir die Rechtsform von Energie 360° noch nicht vorwegnehmen wollen.

Roger Tognella (FDP): Ich war der Meinung, die Rechtsform von Energie 360° sei heute schon klar. Dies als Vorbemerkung. Aus der Begründung der AL wurde mir klar, was die AL mit dem Postulat bezweckt: Eine Rückeingliederung. Entscheidend ist für uns, dass man insbesondere nach dem heutigen Nichteintretensentscheid die Eigentümerstrategie sichtbar machen sollte. Es sollte erkennbar sein, wie es mit den verschiedenen städtischen Energieproduzenten, allenfalls auch Telekom, aussieht. Es ist legitim, dass der Gemeinderat nun eine neue Auslegeordnung verlangt. Ich hoffe, dass der Bericht danach auch aktiv beraten wird. Es wird wichtig für uns, dass wir uns im Klaren darüber sind, was wir wollen. Wir müssen im Parlament transparent darüber diskutieren können. Die FDP wird dem Postulat zustimmen.

Reto Rudolf (CVP): Wenn man sich auf den Postulatstext beschränkt und die Begründung weglässt, werden auch wir das Postulat unterstützen. Die CVP ist zwar grundsätzlich gegen weitere Berichte. Doch da sich der Stadtrat bereit erklärt hat, das Postulat entgegenzunehmen, werden wir uns nicht weiter wehren.

Helen Glaser (SP): Auch die SP ist der Meinung, dass die Forderung des Postulats ein wichtiges Thema darstellt. Mit der Marktentwicklung in den erwähnten Bereichen zeigt sich immer wieder, dass die verschiedenen städtischen Player – ewz, Energie 360° und ERZ – an gleichen Projekten interessiert sind. Es ist nicht immer klar ersichtlich, ob sie sich gegenseitig konkurrenzieren, parallel planen oder zusammenarbeiten. Ein Bericht, in dem der Stadtrat transparent aufzeigt, wie die Themen koordiniert und wie diese am besten organisiert werden, ist sicherlich sowohl für die Player und die Gemeinderatsmitglieder als auch für die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Stadtrat hilfreich. Der Bericht ist ein erster Schritt. Die SP geht davon aus, dass weitere Schritte folgen werden, da der Stadtrat das Postulat entgegennehmen will.

Michael Schmid (FDP): Den Postulatstext und die Begründung muss man tatsächlich sauber auseinanderhalten. Mit dem Postulatstext fordert die AL, dass eine institutionelle Neuordnung geprüft wird. In Bezug auf das ewz wurde dies in der vorhergehenden Weisung von der Mehrheit gerade abgelehnt. Wir haben jedoch zugestimmt und stimmen deshalb hier beim Postulat auch zu, hier im grösseren Kontext von allen städtischen Energieproduzenten und -verteilern. Bei der Begründung taucht die Forderung nach einer Rekommunalisierung auf. Das verstehe ich nicht. Es bestehen unterschiedliche Rechtsformen. Doch es ist alles kommunal. Energie 360° ist in der Hand der Stadt, ebenso wie das ewz und ERZ. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der Fraktionspräsident der AL sagte, die Prüfung sei ergebnisoffen, wie die institutionelle Neuordnung aussehen soll. Dies konnte man anhand des Begründungstextes nicht erahnen. Da momentan alles in kommunaler Hand ist, ist der Vergleich zur SBB nicht ganz passend. Damals wurde dort alles in privater Hand entwickelt, teilweise zu wenig koordiniert, bevor der Staat auf die Bildfläche trat. Im Fall der Energieversorgung von Zürich entstand alles unter dem städtischen Dach, aber nach Ansicht der AL und SP offenbar teilweise zu wenig koordiniert. Vielleicht braucht es hier doch etwas mehr Privat als Staat. Wir erwarten den Bericht mit grossem Interesse und hoffen, dass er eine gute Basis für die weitere Diskussion bieten wird.

Markus Kunz (Grüne): Wir unterstützen das Postulat und zwar ausdrücklich mit der dazugehörigen Begründung. Ich interpretiere die Formulierung von «institutionell» vor allem als «strukturell» im Sinne davon, dass dieses Mal alles zusammen betrachtet werden soll. Es gibt in Zürich einen regelrechten Wildwuchs an Organisationseinheiten, Firmen und Institutionen, die sich in allen möglichen unterschiedlichen Rechtsformen um das Thema Energieversorgung und -dienstleistungen bemühen. Es ist an der Zeit, dass eine Gesamtschau stattfindet und beim Stadtrat abgeholt wird, was er dazu meint und wohin die Reise gehen soll. Der Bericht wird unsere Differenzen nicht ausräumen. Doch sobald wir wissen, wo der Stadtrat steht und wohin er gehen will, können wir besser entscheiden, ob wir ihm folgen oder in eine andere Richtung gehen wollen.

4 / 4

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Der Stadtrat beurteilt jeweils nur den Antrag und nicht die Begründung. Wir nehmen das Postulat entgegen. Das gehört zu unseren Hausaufgaben. Einen Teil davon haben wir mit der Weisung bereits ausgeführt. Ob alles nur deswegen zwingend besser wird, weil es aus einer Hand kommt, bleibt offen. Die Querverbundunternehmen in der Schweiz zeichnen ein anderes Bild. Der Begriff Rekommunalisierung ist auf Wikipedia im Übrigen wie folgt definiert: «Mit Rekommunalisierung werden Prozesse bezeichnet, in denen eine [Privatisierung](#) zuvor öffentlich-rechtlicher Aufgaben und Vermögen wieder rückgängig gemacht wird und diese erneut in kommunale Trägerschaft übergehen.» In unserer Situation kann darum nicht von einer Rekommunalisierung gesprochen werden. Wir haben eigentlich nur über eine andere Rechtsform gesprochen. Man sollte sich im Klaren sein, dass es sich allenfalls um eine andere Rechtsform für Energie 360° handelt. Sie gehört aber immer noch uns.*

Das Postulat wird mit 97 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat